

Macht durch Moral?

Anmerkungen zum Antifaschismus in der DDR

Als Christa Wolf 1976 ihren autobiografisch inspirierten Roman „Kindheitsmuster“ über die Erinnerung an Kindheit und Vertreibung während der NS-Zeit mit den Worten begann: „Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen“, konnte sie nicht wissen, dass dieser Aphorismus William Faulkners im Zeitalter postmoderner Vergangenheitsobsession durch Dauerzitation zur Banalität verkommen würde. So falsch der Satz als pauschale Aussage auch sein mag, so gut passt er auf Wolfs Gegenstand, nämlich die Präsenz der nationalsozialistischen Vorgeschichte in der DDR. Die wirkte einerseits „tot“, das heißt sie galt als überwunden und war in ritualisiertem Gedenken, floskelhafter Sprache und steinernen Monumenten öffentlich fixiert, zugleich war sie aber unterschwellig lebendig, in Form von in der Öffentlichkeit kaum thematisierbaren Biografien, Erinnerungen und Kontinuitäten. Gerade in der Spannung zwischen politisch überdeterminiertem öffentlichem und eigenem, privatem Erinnern offenbarte sich aus Christa Wolfs Sicht die Unabgeschlossenheit der schwierigen Vergangenheit.

Nun ist und war die Dauerpräsenz der NS-Vergangenheit gewiss nicht auf die DDR beschränkt, sondern betraf die Bundesrepublik in gleicher Weise. Aber während sich deren Vertreter stets in der Kontinuität der Deutschen Geschichte sahen, verstand sich die DDR als eine Art Antithese zur bisherigen Nationalgeschichte. Mit dem Scheitern der Vision einer Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen und der daraus resultierenden Notwendigkeit, eine teilstaatliche „DDR-Identität“ zu begründen, kam es zwar seit den 1970er Jahren zur selektiven Nutzung bestimmter, vermeintlich „progressiver“ Traditionsbestände der deutschen Geschichte (Stichwort: „Erbe und Tradition“), doch eine Übernahme von Verantwortung für den Nationalsozialismus war damit nicht verbunden. Die Existenz nationalsozialistischer Kontinuitäten wurde allein der Bundesrepublik zugeschrieben. Dies war auch der offizielle Grund, warum die DDR anders als die Bundesrepublik Entschädigungszahlungen an die während des II. Weltkriegs besetzten Länder und an Vertreter der Verfolgungsoffer stets abgelehnt hat.

Stattdessen verstand sich die DDR explizit als „antifaschistisch“, als eine Art staatgewordene Konsequenz aus den – wie es seinerzeit hieß – imperialistischen und faschistischen Erfahrungen der deutschen Geschichte. Nach der Staatsgründung wurde ein totaler Bruch mit den politischen Traditionen suggeriert: Die Geschichte von Krieg, Leid und Unterdrückung sei nun endgültig vorbei. 1953 hieß es anlässlich des Tages der Befreiung am 8. Mai im Rundfunk: „das Deutschland, das [...] am 8. Mai 1945 kapitulierte und zu Grunde ging, [war] das Deutschland der Faschisten, der Konzernherren, der Großgrundbesitzer und Nazigeneräle.“¹ Nun aber – und so etwas habe es noch nie in Deutschland gegeben – würden „befreite Menschen“² sich in der DDR eine neue Zukunft aufbauen. Das Heilsversprechen einer Überwindung der Vergangenheit zugunsten einer lichten, sozialistischen Zukunft ist typisch für die frühe DDR.

Nicht nur das universelle Zukunfts- und Fortschrittsversprechen im Realsozialismus mutet rückblickend skurril an. Die Vorstellung eines totalen Bruchs mit der Vergangenheit wirkt kaum weniger utopisch. Auch die DDR musste ja überwiegend mit der vorhandenen Bevölkerung aufgebaut werden, die vor 1945 sozialisiert war und sich mehr oder minder tief auf den Nationalsozialismus eingelassen hatte. Auch hier lebten ehemalige Mitglieder der NSDAP, Wehrmachtsangehörige und SS-Männer. Selbstverständlich überdauerten überkommene Wahrnehmungen und Mentalitäten noch Jahrzehnte nach dem Krieg, und nationale Traditionen ließen sich auch auf der strukturellen Ebene trotz revolutionärer Emphase nicht einfach brechen. Schon deshalb war die Zäsur von 1945/49 im Osten wie im Westen Deutschlands keine „Stunde null“.

Hier zeigt sich ein paradox anmutendes Merkmal des antifaschistischen Selbstverständnisses der DDR: Er verstand sich antithetisch als Konsequenz aus der unmittelbaren Vergangenheit, erklärte diese aber zumindest für den eigenen Herrschaftsbereich zugleich für abgeschlossen. Was in der alten Bundesrepublik nicht nur von national-konservativer Seite lange erfolglos gefordert wurde, nämlich die endgültige „Bewältigung“ des Nationalsozialismus, war hier Wirklichkeit: Alle Bezüge auf die NS-Vergangenheit dienten primär der Apologie der sozialistischen Ordnung. Was machte unter diesen Bedingungen das „antifaschistische“ Selbstverständnis der DDR aus, und wie veränderte es sich? Wie wurden

1 Sendemanuskript Kommentar des Tages vom 11.4.1953 („Internationaler Befreiungstag“). Autor: Fritz Beyling. Deutsches Rundfunkarchiv Potsdam-Babelsberg (DRA), Historisches Archiv, Bestand Hörfunk. Kommentare 1945–49.

2 Sendemanuskript Kommentar zum „Tag der Befreiung“, 8.5.1953. Autor: Herbert Gessner. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk. Kommentare 1945–49.

die unvermeidlichen Spannungen und Paradoxien bewältigt? Und wie kann man den DDR-Antifaschismus aus heutiger Perspektive bewerten? Um diese Fragen angemessen zu beantworten, genügen die normativen Maßstäbe der Gegenwart, wie sie nach 1990 häufig zum Tragen kamen, nicht. Vielmehr bedarf es einer historisierenden Perspektive, die den DDR-Antifaschismus in seiner spannungsreichen und widersprüchlichen Entwicklung in den Blick nimmt.

Zur Faschismus-Perzeption in der kommunistischen Bewegung

Um den Antifaschismus der DDR zu verstehen, muss man vor ihrer Gründung anzusetzen und sich die Wahrnehmung der seit den 1920er Jahren in Europa aufkommenden rechten Massenbewegungen durch die kommunistische Bewegung ansehen. „Faschismus“ war aus kommunistischer Sicht keineswegs nur die Selbstbezeichnung der einschlägigen Bewegung unter Mussolini in Italien. Vielmehr wurde der Begriff rasch universalisiert. Er umfasste auch nicht nur die anderen rechten Massenbewegungen in Europa, sondern diente bis Mitte der 1930er Jahre inflationär als Etikett für alle politischen Gegner, die das radikale Ziel proletarischer Revolutionen nach sowjetischem Muster nicht teilten (Luks 2017). In Deutschland schienen dem vor allem moderatere Ansätze wie derjenige der Sozialdemokratie entgegenzustehen, aber auch die Politik des liberalen Bürgertums, weil beide das Ziel einer baldigen Revolution behinderten und damit „objektiv“ dem Kapital zuarbeiteten. Daher rührte die Ausweitung des Faschismusbegriffs auf diese Gruppen, die als „Nationalfaschisten“ und „Sozialfaschisten“ etikettiert wurden. Die tatsächliche Bedrohung, die von den rechten Bewegungen ausging, wurde unter diesen Bedingungen lange zu wenig wahrgenommen – obwohl es in den eigenen Reihen immer auch warnende Stimmen gab. Der Aufstieg der Nationalsozialisten und selbst die Machtübernahme durch Hitler änderten daran zunächst wenig, weil sie vor allem als Ausdruck einer Existenzkrise des Kapitalismus wahrgenommen wurden, durch die sich die Chancen auf die vermeintlich überfällige Revolution erhöhen würden.

Schon von Anfang an war „Faschismus“ in der kommunistischen Bewegung also viel eher ein universelles Feindbild als eine empirische Beschreibung eines neuartigen politischen Phänomens, und der Begriff ging im Grunde in der etablierten Dichotomie des Klassenkampfes auf. Erst deutlich nach dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland (ganz zu schweigen vom Faschismus in Italien) reagierte Moskau mit einem Wechsel der Strategie hin zur „Volksfront“, also kommunistischen Bündnissen mit liberalen und sozialdemokratischen Kräften. Dies erforderte eine Revision des Faschismus-Begriffs (Bay-

erlein 1996, 103–122). An die Stelle der simplen Universalisierung trat nun die nach dem damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Internationale benannte „Dimitroff-Formel“, der zufolge der Faschismus die „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ sei.³ Faktisch handelte es sich um eine Kompromissformel, die es erlaubte, nun die rechten Diktaturen als „entschiedenste“ Form der imperialistischen Herrschaft in den Blick zu nehmen und dadurch Raum für strategische Bündnisse zu gewinnen, ohne die bisherigen, auf den Klassengegensatz zielende Definition und das Endziel der Revolution aufzugeben. Anders als später zumeist wahrgenommen war die Faschismus-Definition der sogenannten Dimitroff-Formel also weniger ideologisch als strategisch motiviert.

Faschismus und Antifaschismus als historisch-fundierende Mythen nach 1945

Die Unterschätzung der rechten Gefahr noch bis in die 1930er Jahre und die bis zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt reichende strategische Flexibilität haben nicht verhindert, dass sich der Mythos eines konsequenten kommunistischen Antifaschismus nach dem zweiten Weltkrieg verbreiten konnte. Entscheidend dafür war, dass er mit dem totalen materiellen und moralischen Bankrott des Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus 1945 historisch plausibilisiert wurde. „Antifaschismus“ war jetzt nicht mehr nur ein politischer Begriff, sondern bezeichnete zugleich ein historisches Geschehen, nämlich den vermeintlich erfolgreichen kommunistischen Widerstand gegen die NS-Herrschaft. Er wurde zu einer Doppelkategorie: Einerseits blieb die ideologische und politische Programmatik, die damit offen oder unterschwellig verbunden war, weitgehend gleich: Antifaschistisch war der (reale) Sozialismus, faschistisch alle seine Gegner. Jedoch stützte die zweite Dimension, die historische Bedeutung, nun andererseits die politische Programmatik: Diese konnte nun stets mit „realen“ historischen Ereignissen und Erfahrungen begründet werden. Abstrakt formuliert: der Antifaschismus wurde zu einem historisch-fundierenden Mythos (vgl. Dörner 1996, 35 ff.).

Wie stark dabei nach wie vor die strategische Komponente war, zeigte sich in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bereits unmittelbar nach dem Krieg.

³ Diese Definition stammt nicht von Dimitroff selbst, sondern ging bereits auf das 13. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) vom November 1933 zurück. Ein (gekürzter) Abdruck von Dimitroffs Referat auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale findet sich in Kühnl 1974, 57–75, Zitat: 58.

In Anknüpfung an die Tradition der „Volksfront“-Politik bildete die allgegenwärtige Verpflichtung auf ein „antifaschistisches“ Bekenntnis eine Kompromissformel für die Distanzierung vom vormaligen Regime, auf die sich von konservativen bis zu kommunistischen Kreisen nahezu alle einigen konnten. Dies diente zunächst primär der Absicherung der Besatzungsherrschaft, aber auch aus Rücksicht gegenüber den westlichen Verbündeten schien es ratsam, zunächst alle relevanten Gruppen zumindest äußerlich einzubinden.

Mit dem Zerfall des Zweckbündnisses zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten sowie seiner Konsequenz, dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konfliktes, überlebte sich dieser Konsens-Antifaschismus Ende der 1940er Jahre allerdings rasch. Spätestens seit der Gründung der beiden deutschen Staaten bezeichnete das Begriffspaar Faschismus und Antifaschismus wieder die Trennlinie zwischen Feind und Freund respektive zwischen außen und innen der Gesellschaft. Während sich die DDR selbst zum Hort des Antifaschismus promovierte, waren Faschismus, Nazismus, Revanchismus, Militarismus und Junkertum eng verbundene Begriffe, die allesamt den nun aktuellen politischen Gegner bezeichneten. Der Hauptgegner war aus DDR-Perspektive naheliegender Weise der konkurrierende Teilstaat im Westen, die Bundesrepublik. Aber nicht selten wurden die Begriffe auch auf die beiden Lager des Kalten Krieges insgesamt angewandt: „Antifaschistisch“ war demnach der sowjetische Block insgesamt, der Westen hingegen wurde pauschal als „faschistisch“ etikettiert.

Um dem von nun an verfolgten Kurs der Gewinnung kommunistischer Hegemonie und strikter Orientierung am sowjetischen Vorbild durchzusetzen, verlangte es aus der Perspektive der Verantwortlichen in Moskau und Ost-Berlin vor allem nach der Ausschaltung oppositioneller Positionen sowie der Überwindung gesellschaftlicher Widerstände. Dabei kam dem Begriffspaar Faschismus-Antifaschismus eine Schlüsselrolle zu. Zum einen war es hilfreich bei der Ausgrenzung bürgerlicher, sozialdemokratischer oder national-kommunistischer Positionen, zum anderen sollte es die strikte Abgrenzung vom Westen legitimieren.

Entsprechend schrill war von nun an der Ton: Die Ratifizierung der Pariser Verträge 1955 sei in der Bundesrepublik von „grölenden Faschistenhorden“ gefeiert worden, und in den Auffanglagern für Übersiedler aus dem Osten würden „faschistische Rowdies“ zu Provokateuren ausgebildet, mit deren Hilfe „ein neues Völkermorden gegen die friedliebende Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien“ vorbereitet werden solle.⁴ Bereits während der ersten Berlin-

4 Sendemanuskript „Das interessiert auch Sie! – Valka-Lager“. Deutschlandsender, 17. Februar 1954. DRA Potsdam, Historisches Archiv, DS 54/251.

Krise 1948/49 kam wieder die alte Lesart vom „Sozialfaschismus“ auf, wenn es hieß, die „Schumacherführung“ bestehe „objektiv aus Neofaschisten und Dienern des Imperialismus“ und ihr Antikommunismus sei dem der Nationalsozialisten verwandt.⁵ Auch nehme der „amerikanische Imperialismus [...] alle Merkmale des Faschismus an – von der Wahlschiebung und dem Wahlterror über die Ausrottung der Kriegsgefangenen und der Bevölkerung in den besetzten Ländern wie Korea bis zur Aufstellung einer Gestapo und der Einrichtung von Konzentrationslagern“.⁶

„Faschismus“ erschien damit also wieder als universelle und vor allem gegenwartsbezogene Gegnerkategorie, die partiell mit klassenbezogenen Begriffen wie demjenigen des „Imperialismus“ oder des „Monopolkapitals“ verschmolz und insofern stark an die Zeit vor 1934/35 erinnerte. Seinem Antonym, dem „Antifaschismus“, erging es kaum anders. Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten es die Überlebenden der Konzentrationslager nicht leicht gehabt, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Nun wurde auch die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zunehmend universalisiert und auf die Gegenwart übertragen: „Antifaschistisch“ war allzu häufig nur, was den aktuellen Kurs der Parteiführung gegen innere und äußere Gegner stützte. Das bekam etwa ein kommunistischer Widerstandskämpfer und Jude zu spüren, dem der Status eines Verfolgten des Naziregimes verweigert wurde, weil er die aktuelle Politik der SED nicht mittragen wollte. Als er auf seine Vergangenheit während des Nationalsozialismus hinwies, erklärte man ihm in entwaffnender Offenheit: „Es kommt nicht darauf an, was du damals gemacht hast, sondern was du heute machst.“ (Niethammer u.a. 1991, 282).

Nach der Staatsgründung wurde eine Erzählung etabliert, in der dem kommunistischen Widerstand während des Nationalsozialismus zwar eine prominente Bedeutung zukam – zweifellos bildete er das Zentrum der offiziellen antifaschistischen Erinnerungskultur in der DDR. Zugleich wurde dieser Kampf jedoch in eine nationale Aufstiegserzählung integriert, gleichsam als dramatische Zuspitzung des Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Kapital. Das Ver-

5 Sendemanuskript „Das Wort hat Jan Morel“. Churchill-Hitler, Schumacher -Göring. Autor: Jan Morel [d.i. Harald Hauser]. Berliner Rundfunk, 22. April 1949. DRA Potsdam, Historisches Archiv, B204-02-02/0278.

6 Sendemanuskript „Kommentar des Tages“. Berlin I, II und III, 8. Oktober 1952. Autor: Karl-Eduard v. Schnitzler. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 095-00-01/0112.

mächtnis der Opfer dieses 100-jährigen Kampfes werde, so der Tenor dieses Narrativs, nun mit der Staatsgründung der DDR eingelöst. Demzufolge war der neue Staat eine Art Garten Eden, die irdische Befreiung der Menschen aus Abhängigkeit und sozialer Not.

Mit dieser säkularisierten Eschatologie nach christlichem Vorbild erschuf sich die DDR-Führung einen Gründungsmythos, der über ihre Legitimationsschwierigkeiten hinweghelfen sollte. War die deutsche Teilung in der Bevölkerung an sich schon unpopulär, so galt dies erst recht für die sowjetische Hegemonie und die davon abgeleitete Herrschaft der SED.⁷ Selbst aus kommunistischer Sicht gab es ja das Problem, dass der deutsche Sozialismus nicht auf seinem „gesetzmäßigen“ Weg einer proletarischen Revolution entstanden war, sondern durch den Sieg der Alliierten. Hier half der vermeintlich heroische, sicher aber opferreiche antifaschistische Kampf der deutschen Genossen. Die Toten wurden zu Märtyrern der neuen Ordnung promoviert, indem suggeriert wurde, ihr Leiden habe dem politischen Projekt DDR gegolten, das sie den Überlebenden als „Testament“ zur Vollstreckung aufgegeben hätten.

Zur personifizierten Ikone dieses Totenkults wurde in den 1950er Jahren Ernst Thälmann erhoben. Thälmann eignete sich aus Sicht der SED-Spitze aus mehreren Gründen für diese Rolle: Er war im KZ Buchenwald hingerichtet worden und gehörte als Beteiligter beim Hamburger Aufstand sowie als moskautreuer Parteivorsitzender zu den wenigen Führungsfiguren der deutschen KP, die sich als nationales Symbol eigneten, ohne in Moskau den Verdacht nationaler Abweichungen zu provozieren. Bekanntlich wurde in der DDR in den folgenden Jahrzehnten ein regelrechter Kult um Thälmann veranstaltet, der sich unter anderem in diversen Denkmälern, der Benennung der Pionierorganisation sowie zahlreicher Straßen, Plätze und Schulen niederschlug.

Mit der Einweihung der Gedenkstätte Buchenwald 1958 wurde die sakrale Inszenierung des opferreichen antifaschistischen Kampfes und der sozialistischen Erlösung buchstäblich in Stein gehauen. Angelehnt an die christliche Passionserzählung sollten die Besucher das Mahnmal als Aufstieg aus der (faschistischen) Dunkelheit zum (sozialistischen) Licht erleben (Knigge 1996, 324 ff.). Offenkundig stellte dies den Versuch dar, der DDR über die Inszenierung des Totenkultes eine Aura des Heiligen, Unangreifbaren zu verleihen. Der Logik dieser symbolischen Emblementierung zufolge bedeutete jede Kritik an der aktuellen Politik, sich an den heiligen antifaschistischen Märtyrern zu vergehen.

7 Zum Ruf der SED als „Russenpartei“ vgl. Klemperer 1996, passim.

Neben diesen Universalisierungen und Sakralisierungen standen jedoch immer wieder auch konkrete geschichtliche Bezüge, die die aktuelle Politik rechtfertigen sollten. Typisch waren unter anderem historische Analogien, die unmittelbar an die Kriegserfahrungen der Deutschen anknüpften und eine Wiederholung der Geschichte unter neuen, nun womöglich noch schlimmeren Vorzeichen beschworen. So wurden beispielsweise eigene Erfahrungen als Opfer der Bombardierung Dresdens mit dem Atombombenabwurf von Hiroshima verbunden: „Es war damals, wenige Tage vor dem Ende des Krieges, aus einem der wahnsinnigen Anlässe zog auch ich mit meinen Kindern über die Landstraße [...]. Dreizehn Jahre nach dem Untergang Dresdens saß ich an einem Krankenbett im Atomhospital in Hiroshima.“⁸ Auf diesem Wege wurde versucht, die in den fünfziger und sechziger Jahren permanent beschworene Gefahr eines von den USA angeblich einseitig vorbereiteten atomaren Dritten Weltkriegs plausibel zu machen und den östlichen Block als Garant für die Dauerhaftigkeit des Friedens zu präsentieren.

Zahlreich waren – besonders im Zuge der einschlägigen Kampagnen in den 1960er Jahren – Verweise auf autobiografische Kontinuitäten in der Bonner Republik (Lemke 1995, 61–86). Ihr Ziel waren primär hochrangige Funktionsträger wie Adenauers Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke und Bundespräsident Heinrich Lübke, deren Rolle in der NS-Zeit vor allem deshalb skandalisiert wurde, weil sie die These von der ungebrochenen Kontinuität faschistischer Strukturen zu belegen schienen. Auch die Rechtfertigung des Mauerbaus, des „antifaschistischen Schutzwalls“, 1961 in Berlin kam nicht ohne historische Bezüge aus: Dieses Mal, so Gerhart Eisler am 14. August im Radio, sei die Verteidigung der Interessen der Werktätigen gegen die „Großkapitalisten und Militaristen“ gelungen. „Was ich bedaure, ist eines: Daß die deutschen Arbeiter 1933 eine solche Arbeiter-Armee nicht hatten. Denn dann wäre Hitler wie seine Schergen vernichtet worden, er hätte nicht die Macht ergreifen können, und der 2. Weltkrieg wäre verhindert worden.“⁹

Indirekt verweisen solche Beispiele freilich auf die Gefahren, die sich mit dem inflationären Bezug auf den historisch-politischen Mythos verbanden: Er wirkte nicht selten beliebig und führte zum Verschleiß der Vergangenheitsbezü-

8 Sendemanuskript „Kommentar des Tages“. Berliner Rundfunk und Berliner Welle, 15. Februar 1960. Autorin: Herta Classen. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, BR 60/1960.

9 Kommentar des Tages. Berliner Rundfunk, 14.8.1961. DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/915.

ge in tagesaktuellen Zusammenhängen. Hinzu kam, dass bestimmte Lesarten der Geschichte festgeschrieben werden sollten, die allenfalls der Erfahrung der kommunistischen Staatsspitze entsprachen, nicht aber derjenigen der Mehrheit der Bevölkerung. Nur für bestimmte Gruppen war das Angebot, nun durch Beteiligung am Wiederaufbau selbst zum „Antifaschisten“ zu werden, attraktiv. Für die Mehrheit blieb es dagegen dabei, dass das Kriegsende als Niederlage empfunden wurde und nicht als Beginn einer lichten Zukunft. Jenseits der Partei, bezogen auf die deutsche Bevölkerung, handelte es sich um eine Gegenerzählung, die in Konkurrenz zu dem seinerzeit vorherrschenden traditionellen nationalen Geschichtsparadigma vom Aufstieg (und Fall) einer unteilbaren deutschen Nation stand. In der Sprache der erinnerungskulturellen Modellbildung könnte man sagen, dass hier der Versuch unternommen wurde, einen kulturellen Mythos zu einer Zeit zu etablieren, als die individuellen und widerstreitenden Erinnerungen der Bevölkerung noch überaus lebendig waren – eigentlich ein hoffnungsloses Unterfangen.¹⁰ Allerdings zeigt die Inszenierung des antifaschistischen Mythos als – jedenfalls für die DDR – „Ende der Geschichte“ indirekt auch, wie stark man bis in die 1960er Jahre auf die Bindungskräfte der Zukunftsverheißungen der sozialistischen Utopie vertraut hat.

In den 1970er und 1980er Jahren hat sich das geändert. Mit dem Eindruck von Stagnation und dem Verlust von Zukunft trat die Vergangenheit als Legitimationsressource stärker in den Vordergrund. Doch zugleich hatte das antifaschistische Pathos zu dieser Zeit Jahren schon reichlich Patina angesetzt. Diejenigen, die wie Erich Honecker oder Erich Mielke selbst noch Widerstand geleistet hatten, waren nicht nur in der Minderheit, sondern hatten den Zenit ihrer Laufbahn erkennbar überschritten. Die ritualisierten Feiern und allzu häufig inhaltslosen Phrasen konnten allenfalls noch eine Minderheit der eigenen Bevölkerung goutieren (Käppner 1999).

Wegen seines staatszentrierten und fundierenden Charakters gelang es nicht, die Vergangenheit für eigene Deutungen der nachwachsenden Generation zu öffnen; dies wäre jedoch die Mindestvoraussetzung für eine erfolgreiche intergenerationelle Tradierung des antifaschistischen Mythos gewesen. Stattdessen konnte es nun vorkommen, dass er zum Nennwert genommen und gegen die realsozialistische Agonie der Honecker-Zeit in Stellung gebracht wurde. In ihrem Lied „Mir fällt ein“ textete die regimekritische Liedermacherin Bettina Wegener: „Und ich denk an Thälmann/und dann seh' ich was ist/und das ist wie

10 Zur Unterscheidung von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis vgl. Assmann 1991, 11 ff.

'n Goldfisch gegen faulenden Fisch./Und ihr habt was versprochen/und ihr hiel-
tet es nicht/und wer euch erinnert/der kommt vor Gericht“ (Langenhahn 1997,
61). Aus dem fundierenden war hier ein delegitimierender Mythos geworden.

Antifaschismus in der Diskussion nach dem Ende der DDR

Während des Zusammenbruchs des Regimes im Herbst 1989 wurde der vermeintlich konsequente Antifaschismus zur „letzte[n] Verteidigungslinie des alten Systems“, wie der Historiker Stefan Wolle treffend bemerkt hat (Wolle 2001, 144). Die SED-Spitze versuchte, ihre Anhänger mit der Gefahr rechtsradikaler Tendenzen gegen die Forderung nach Wiedervereinigung zu mobilisieren. Auch dies verhinderte allerdings nicht, dass die nun einsetzende Debatte um die Legitimität der DDR gerade auch um ihr antifaschistisches Selbstverständnis kreiste. Naheliegender Weise wurde dabei von Kritikern aus den Reihen der Bürgerbewegung, aber auch von westdeutschen Politikern und Wissenschaftlern vor allem die Fallhöhe zwischen moralischem Anspruch und dem instrumentellen, herrschaftsbezogenen Charakter der geschichtspolitischen Praxis in der DDR skandalisiert.

Auf der anderen Seite beharrten Vertreter der systemnahen DDR-Eliten mehrheitlich auf dem Wert des antifaschistischen Selbstverständnisses: Man könne „diesem Staat und seinem Gesellschaftssystem vieles vorwerfen“, so der ehemalige Historiker am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) Günter Benser, aber „daß sie in der Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Antifaschismus jemals auf der falschen Seite gestanden haben, wird sich nicht nachweisen lassen“ (Benser 1994, 150). Andere sahen in der nun angeblich dominanten Siegesgeschichte „eine zielgerichtete Beleidigung und Herabwürdigung aller Widerstandskämpfer“ oder gar eine „westdeutsche Endlösung des Antifaschismus auf dem Gebiet der DDR“ (Finker 1999, 11 f.; Zorn 1996). Für beide Seiten markierte die deutsch-deutsche Grenze nicht zuletzt eine moralische Demarkationslinie zwischen Schuld und Unschuld. Dies führte dazu, dass es besonders schwer fiel, das „evaluatorische“ Schema von Dekonstruktion und deren Abwehr zu verlassen.

So notwendig die Dekonstruktion des Mythos war, so wenig trug die enge Verknüpfung mit der Debatte um die Legitimität der DDR dazu bei, den changierenden Charakter des DDR-Antifaschismus mit seiner charakteristischen Verschmelzung von Vergangenheit und gegenwärtiger politischer Programmatik offen zu legen. Da das offiziöse Antifaschismus-Verständnis immer in erster Linie die Durchsetzung des Sozialismus als konsequenteste Bekämpfung des

Faschismus ansah, konnte aus damaliger Sicht beispielsweise die – in der Frühzeit breit praktizierte – gesellschaftliche Integration zahlreicher Mitläufer und ehemaliger Täter (van Melis 1999, 245–264) durchaus konsequent „antifaschistisch“ sein.

1990 war eine solche Sicht nicht mehr diskursfähig. Schon mit dem Verschleiß des sozialistischen Projektes verlor sie an Überzeugungskraft und gehörte spätestens nach dessen Scheitern einer untergegangenen Sinnwelt an. In der Debatte wurde nun die Vergangenheitspolitik der DDR nach den gegenwärtigen Maßstäben beurteilt und wirkte in ihren Paradoxien entsprechend skandalös. Ihre Verteidiger brachte dies in die Defensive: Problematische Aspekte wurden zumeist als Einzelfälle oder als Ausdruck stalinistischer Deformationen des Sozialismus interpretiert, wenn nicht gleich mit Verweisen auf ebenfalls skandalöse Beispiele der NS-Aufarbeitung in der Bundesrepublik repliziert.

Aus westlicher Perspektive ging es dagegen in dieser Debatte keineswegs nur um die DDR-Vergangenheit: Mitverhandelt wurde hier die gerade erst zwischen Konservativen und Linksliberalen im so genannten „Historikerstreit“ ausgetragene Kontroverse um die Gewichtung des antitotalitaristischen Gründungskonsenses der alten Bundesrepublik. Angesichts des Zusammenbruchs des kommunistischen Blocks und der Ängste vor einer wieder erstarkenden deutschen Zentralmacht im europäischen Ausland ging die politisch polarisierte Kontroverse darum, ob die anti-kommunistische oder die anti-nationalsozialistische Identität den zentralen Identitätsbezug Deutschlands bilden sollte, unter veränderten Rahmenbedingungen in eine zweite Runde.

Spätestens nachdem sich in den Nullerjahren zeigte, dass auch die kurzzeitige Renaissance der Totalitarismustheorie nichts daran ändern konnte, dass der Debatte mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Lagers mittelfristig ein Bezugspunkt abhanden gekommen war, erlahmte auch der Streit um den DDR-Antifaschismus. Vor dem Hintergrund der demokratischen, massenmedial und zunehmend auch transnational geprägten Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus wirkte er endgültig anachronistisch: In seinem Zentrum standen traditionell nicht die Opfer (schon gar nicht die jüdischen), sondern der heroische kommunistische Widerstand. Nicht die westliche Vorstellung von abgeschlossener Vergangenheit als orientierendes Schema für die Gegenwart strukturierte ihn, sondern im Gegenteil eine ideologische Gewissheit, der sich nötigenfalls auch die Vergangenheit unterzuordnen hatte. Dahinter stand erkennbar die Teleologie des Historischen Materialismus, dessen geschichtsphilosophisch fundierte Konzeption dem 19. Jahrhundert entstammte, und ent-

sprechend schlecht passte er zum postmodernen Zeitgeist des beginnenden 21. Jahrhunderts.

Damit ist indirekt schon jene Frage beantwortet, die angesichts der anhaltenden Stärke von Rechtsradikalismus und -populismus in den ostdeutschen Bundesländern auch aktuell noch gestellt wird: Warum hat der vermeintlich so konsequente DDR-Antifaschismus keine nachhaltige Wirkung gegen die Renaissance nationalistischer und rassistischer Tendenzen gezeitigt? Die Antwort liegt auf der Hand: weil er als fundierender Mythos integraler Bestandteil der DDR-Staatsräson war, ohne den das geschichtsphilosophische Credo des Sozialismus nicht überlebensfähig war, und weil er über vier Jahrzehnte keinen Raum für eine offene gesellschaftliche Aneignung und Aushandlung von Geschichte und Erinnerung ließ. Anders als erhofft zeigte sich vielmehr 1989/90, dass Geschichte nicht gesetzmäßig verläuft und die Vergangenheit sich ihrer Überwindung selbst dann widersetzt, wenn deutsche Sozialisten dies beschlossen und verkündet haben.

Literatur

- Assmann, Aleida (1991): *Kultur als Lebenswelt und Monument*. Frankfurt/M.
- Bayerlein, Bernhard H. (1996): Einheitsfront- und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus. In: Keller, Claudia (Hg.): *Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung*. Berlin, S. 103–122.
- Benser, Günter (1994): Möglichkeiten und Grenzen einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg. In: Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert (Hg.): *Ansichten zu einer Geschichte der DDR*. Bd. IV. Bonn, S. 137–152.
- Dörner, Andreas (1996): *Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermannmythos: zur Entstehung des Nationalbewußtseins der Deutschen*. Reinbek.
- Finker, Kurt (1999): Antifaschistischer Widerstand. Kriterien. Spektrum. Gewichte. In: Judick, Günter/Krusch, Hans Joachim (Hg.): *Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR*. Essen, S. 11–30.
- Käppner, Joachim (1999): *Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR*. Hamburg.
- Klemperer, Victor (1996): *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen*, Bd. 1. *Tagebücher 1945–1949* (hrsg. v. Nowojski, Walter). Berlin.
- Knigge, Volkhard (1996): Die Gedenkstätte Buchenwald. Vom provisorischen Grabdenkmal zum Nationaldenkmal. In: Keller, Claudia (Hg.): *Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung*. Berlin, S. 309–331.

- Kühnl, Reinhard (Hg.) (1974): Texte zur Faschismuskonversation. I. Positionen und Kontroversen. Reinbek.
- Langenhahn, Sandra (1997): Ursprünge und Ausformung des Thälmannkults. Die DEFA-Filme „Sohn seiner Klasse“ und „Führer seiner Klasse“. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Leit- und Feindbilder in DDR-Medien (= Medienberatung 5). Bonn, S. 55–65.
- Lemke, Michael (1995): Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968. In: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Berlin, S. 61–86.
- Luks, Leonid (2017): Was ist Faschismus? Historische Betrachtungen über den inflationären Gebrauch eines Begriffs. In: Die Kolumnisten, 24.3.2017. <https://diekolumnisten.de/2017/03/24/was-ist-faschismus-historische-betrachtungen-ueber-den-inflationaeren-gebrauch-eines-begriffs/> – abgerufen am 7.12.2017.
- Niethammer, Lutz/v. Plato, Alexander/Wierling, Dorothee (1991): Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz. 30 biographische Eröffnungen. Berlin.
- van Melis, Damian (1999): Der große Freund der kleinen Nazis. Antifaschismus in den Farben der DDR. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR. Erinnerungen an einen untergegangenen Staat. Berlin, S. 245–264.
- Wolle, Stefan (2001): Staatsfeind Faschist. In: *Der Spiegel*, 34/2001, S. 144–150.
- Zorn, Monika (Hg.) (1996): Hitlers zweimal getötete Opfer. Westdeutsche Endlösung des Antifaschismus auf dem Gebiet der DDR (= Unerwünschte Bücher zum Faschismus, 6). Freiburg.